

Mitgliederinfo DIE LINKE. Altona April/Mai 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,

nun ist es sozusagen amtlich: Wirtschaftsforschungsinstitute und Bundesregierung gehen für 2009 von einem Schrumpfen des Sozialprodukts um 6% aus. Wir stehen vor einem länger andauernden Krisenprozess, der die Massenarbeitslosigkeit spätestens 2010 auf über fünf Millionen anschwellen lassen wird – mit den entsprechenden Folgen für Staats- und Sozialkassen. Die Diskussion um Rentenkürzungen im nächsten Jahr deutet an, was kommen wird.



Auch wenn der Hamburger Wirtschaftssenator Gedaschko – wie die politische und wirtschaftliche Elite dieses Landes insgesamt – schon wieder „Zeichen der Hoffnung“ sieht, sollten wir uns auf das für die nächste Zeit für Hamburg absehbare Szenario einstellen. Schon die Arbeitslosenzahlen im April deuten daraufhin, dass Hamburg als stark exportorientiertes Bundesland von der Wirtschaftskrise übermäßig stark betroffen sein wird. So hat die Zahl der Hamburger Arbeitslosen im April nicht nur – wie sonst saisonüblich – nicht ab-, sondern – gegen den Bundestrend – sogar zugenommen. Knapp 81.000 Menschen waren im letzten Monat (offiziell) ohne Arbeit.

Angesichts des schrumpfenden Sozialprodukts und der anschwellenden Massenarbeitslosigkeit ist für die Steuerschätzung im Mai ist nichts Gutes zu erwarten. Hamburg bzw. dem Senat werden in diesem Jahr mindestens weitere 500 Mio. Euro fehlen, um das umzusetzen, was bisher im Haushalt und für die „Hamburger Konjunkturoffensive“ vorgesehen ist. Gleichzeitig versuchen zumindest bestimmte Kräfte innerhalb der schwarz-grünen Koalition die gegenwärtige Situation zu nutzen, um weitere Groß- bzw. Leuchtturmprojekte auf den Weg zu bringen – wie z.B. den Umzug der Universität oder den A7-Deckel. Gegen diese politischen Absichten, wie auch die wegen der einbrechenden Steuereinnahmen absehbare Debatte um »notwendige« Kürzungen gilt es den gesellschaftlichen und politischen Widerstand zu organisieren und unsere Alternativen einzubringen.

Diese Hamburger (Land und Bezirk) Ebene wird in den bevorstehenden Wahlkämpfen neben der Bundes- und Europapolitik ein weiteres wichtiges Feld der Auseinandersetzung sein, um die Menschen von der LINKEN als kapitalismuskritische Kraft mit glaubwürdigen Konzepten auch für die Zukunft von Stadt und Bezirk zu überzeugen.

Die Altonaer KandidatInnen zur Bundestagswahl

Für die Bundestagswahlen im September haben wir uns inzwischen auch personell aufgestellt.



Bernhard Müller, einer der SprecherInnen unserer Partei, wurde auf der Wahlkreisversammlung im März als Direktkandidat für die Bundestagswahl nominiert.

Und auch auf der Landesliste, die am 17./18. April von einem Wahlparteitag des Landesverbandes

aufgestellt wurde, sind einige Altonaer GenossInnen platziert: Jan van Aken (Platz 1), Heike Sudmann (zwar nicht Parteimitglied, aber bei uns aktiv), Irfan Cüre und Horst Schneider.

Die weitere KandidatInnen sind: Regine Brüggemann (Platz 2), Horst Bethge, Hannah Heyenn und Hamiyet Köse.



Und die Bezirkspolitik?

Die schwarz-grüne Koalition zieht, überwiegend unterstützt von der SPD, unbeeindruckt von den dramatisch veränderten Umständen ihre Politik durch und pflügt den Bezirk gemäß den sozialen Interessen ihrer Klientel um. Soziale Spaltung kommt bei ihr nicht vor. Wo sich ein eigensinniger BürgerInnenwillen regt (A7-Deckel, Buchhofwald, Schanzenviertel, Bücherhallen etc.), wird er notfalls auch durch Diffamierung gebrochen. Dabei überschlagen sich die Ereignisse, was auch zur Verzögerung dieses Infos beigetragen hat. Aktuell stehen die Auseinandersetzungen um das Schanzenfest und den Auszug unserer Bezirksfraktion aus der Bezirksversammlung im Zentrum. Wir dokumentieren das ausführlich in diesem Info. Über die anderen wichtigen Konfliktfelder informiert Euch bitte auf den Websites von Bezirkspartei und -fraktion.

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiss und Bernhard Müller

SprecherInnen des Bezirksvorstands DIE LINKE.Altona

Aus der Bezirksfraktion

Richtigstellung des Vorsitzenden der Fraktion der Partei DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

Herr Peter Wenzel, Vorsitzender des Planungsausschusses der Bezirksversammlung Altona ist nicht, wie fälschlich von mir Mitte 2008 behauptet, Geschäftsführer des BVE (Bauverein der Elbgemeinden), sondern Aufsichtsrat desselben.

Zum Hintergrund: Der Planungsausschuss hatte im Jahre 2007 unter dem Vorsitz des Herrn Wenzel einen Aufstellungsbeschluss für einen öffentlich auszulegenden Bebauungsplan beschlossen. Dieser wurde, was sehr unüblich ist, nach dem Erwerb des Buchenhofwaldes in Iserbrook durch den BVE von der Bezirksversammlung mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen CDU/GAL außer Kraft gesetzt und durch einen unöffentlichen Bauvorbescheid ersetzt. Dass Herr Wenzel nicht Geschäftsführer des BVE, sondern Aufsichtsrat ist, trifft zu.

Für die fälschliche Behauptung möchte ich mich hiermit öffentlich entschuldigen.

Robert Jarowoy

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona
Altona, den 15. 4.2009

Presseinformation DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona

Altona, 23.4.09

Altonaer Bezirksversammlung tagt zum ersten Mal nach dem 2. Weltkrieg unter »Polizeischutz«

Bezirksversammlungsvorsitzender Grutzeck (CDU) veranlasst grundlos skandalöses Polizeiaufgebot in und vor dem Sitzungsaal. Große Koalition von CDU GAL SPD FDP verhindert einstimmig den Abzug der Polizeikräfte - gegen die Stimmen der LINKEN und die kritische Öffentlichkeit. Die 5-köpfige Fraktion der LINKEN verlässt daraufhin unter Protest den Saal.

Die heutige Sitzung der Bezirksversammlung Hamburg-Altona war wegen der Vorbereitung für die Europawahl ausnahmsweise in die Aula der Luise-Schröder-Schule in Altona-Altstadt ausgelagert. Die zahlreich erschienene Öffentlichkeit (sichtbar vor allem die BI »Erhalt einer Bücherhalle in Iserbrook« und BewohnerInnen des Schanzenviertels) gaben keinerlei Anlass, auf ein Bedrohungsszenario zu schließen. Dennoch wurde auch nach dem Auszug der LINKEN und dem Großteil der Öffentlichkeit die Polizei vorerst nicht abgezogen.

Wir sehen dadurch das Recht auf die uneingeschränkte Öffentlichkeit der Bezirksversammlung massiv bedroht.

Dem vorausgegangen war die Übertragung des Hausrechts durch die Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung vom Schulleiter auf den Vorsitzenden der Bezirksversammlung Altona. Im Übrigen wurden die Fraktionen über den Polizeieinsatz erst unmittelbar vor der Sitzung informiert.

Hintergrund sind die Vorgänge um den gescheiterten »Runden Tisch« zum Schanzenfest. Dort gab es unserer Beobachtung nach keine ernstzunehmende Bedrohung der anwesenden Bezirkspolitiker. Genau so wenig wie bei der am vergangenen Dienstag störungsfrei und ohne Polizei durchgeführten Sitzung vom Regionalausschuss I (Altona-Altstadt, Altona-Nord, Sternschanze) und dem Altonaer Kulturausschuss, die ebenfalls unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit stattfand.

»Wir wollen ein Schanzenviertelfest, das sich weiterhin gegen die Umstrukturierung wendet und sich der Kommerzialisierung verweigert!« (CENTRO SOCIALE)

»Wir nehmen an dieser Alibiveranstaltung weder teil, noch sprechen wir dieser die Legitimität zu, das Schanzenfest als Verhandlungsmasse zu betrachten!« (Flugblatt von Anwohnerinnen und Anwohnern)

Dass es den vier anderen in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien nicht wirklich um die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Planungen geht, wurde unter anderem deutlich in der einstimmigen Ablehnung des Antrages unserer Fraktion auf Erlass einer sozialen Erhaltungssatzung für das Schanzenviertel.

Polizei bei Bezirksversammlungen soll die Öffentlichkeit einschüchtern und ist deshalb mit unserem Demokratieverständnis unvereinbar!

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona: Anita Friedetzky, Eckhard Fey, Robert Jarowoy, Michael Sauer, Karsten Strasser

Schanzenviertel für alle – sozial und solidarisch

Eine nicht gehaltene Rede für die Aktuelle Stunde in der April-Sitzung der Bezirksversammlung Altona von Robert Jarowoy

Wir, DIE LINKE, stehen zu den Bewohnerinnen und Bewohnern der Schanze, genau so wie zu den von Schwarz-Grün verkauften Kleingärtnern, wie zu den Bewohnern der Elbtreppe, wie zu den Buchenhofwald-Anwohnern oder der Initiative gegen die Verstümmelung des Grünzugs Altona und vielen weiteren.

Weil wir selbst als Altonaerinnen und Altonaer betroffen sind von dem, was hier seit 20 Jahren oder länger geschieht.

Man hat sogar das Altonaer Rathaus an einen der berüchtigsten Frankfurter Spekulanten (Selmi) verkauft und mietet es seither teuer zurück. Vom Bismarckbad, das man an Pirelli zum Abriss verschachert hat, will ich gar nicht weiter sprechen, genauso wenig wie vom Gesundheits- und Jugendamt in der Jessenstrasse, der Seefahrtsschule Rainvilleterrasse, dem Altonaer und Blankeneser Bahnhof, dem Güterbahnhofgelände, dem nördlichen Teil des Jenischparks usw..



Das ist schlimm genug. Schlimmer aber ist, dass man den Verkauf ganzer Stadtteile planerisch ermöglicht. Gewerbeflächen werden für den Luxuswohnungsbau umgewidmet (in Ottensen z.B. die ehemaligen Fabrikgelände der Fischfabrik Friedrichs zum »Ottensen Westend« oder die ehemalige Arzneimittelfabrik Asche zu den »Fischerhöfen«). Ähnliches geschieht derzeit in Iserbrook mit dem Buchenhofwald oder ist bereits im Schanzenpark mit dem Wasserturm-Hotel

geschehen.

Sozialdaten Stenschanze		
	Stadtteil	Altona
Bevölkerung (2007)	7.749	252.206
MigrantInnen %	24,9	15,5
SV-Beschäftigte (2007)	2.643	77949
In % der 15- unter 65-Jährigen	43,5	45,6
Arbeitslose (Juni 2008)	402	9.816
in % der 15- unter 65-Jährigen	6,6	5,7
Hartz IV EmpfängerInnen	1.101	26.445
in % der Bevölkerung	14,2	10,5
Sozialwohnungen	464	15598
in % Wohnungen gesamt	12,0	12,5
LINKE Bürgerschaftswahl 2008	16,2	7,9

Hier werden durch die Ansiedlung von Luxuskomplexen inmitten ehemaliger Arbeiterwohnquartiere Pflöcke eingeschlagen, die begleitet werden von einer Unzahl gastronomischer Schickeria-Betriebe, die dann den Stadtteil »aufwerten«. Soziologisch nennt man das heute Gentrifizierung. Früher wurde es Yuppiisierung genannt. Für die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner bedeutet dies Segregation, d.h. Vertreibung.

Das begann für den Bezirk Altona in Ottensen, läuft seit einigen Jahren massiv im Schanzenviertel und bahnt sich inzwischen in Altona-Altstadt ebenfalls an.

Vor zwanzig Jahren gab es in Ottensen einen erbitterten Widerstand gegen diese Entwicklung, vielleicht vergleichbar mit

dem, den es heute im Schanzenviertel gibt.

In Ottensen wurde einiges erreicht (z.B. die Durchsetzung des Kemal-Altun-Platzes), einiges verhindert (City West, Bau eines Autobahnzubringers), letztlich aber doch nicht verhindert, dass genau die beschriebene Aufwertung und Vertreibung stattfand und die Mieten in Ottensen z.T. höher als in Eppendorf und Harvestehude sind – sofern es überhaupt noch Mietwohnungen gibt, nachdem ein Großteil in Eigentumswohnungen umgewandelt wurde.



Wir wollen nicht, dass dies jetzt im Schanzenviertel genauso geschieht.

Alle Parteien haben unseren Antrag auf Erlass einer sozialen Erhaltungssatzung für das Schanzenviertel abgelehnt. Durch solch eine Satzung hätte neben einer Mietpreisbindung z.B. die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig werden können.

Nicht zuletzt deswegen glauben wir nicht daran, dass dieselben Parteien wirklich an einer konstruktiven Lösung der Probleme des Schanzenviertels in Form eines tatsächlichen Runden Tisches interessiert sind, sondern nichts anderes beabsichtigen, als die Fortführung der feindlichen Übernahme des Viertels.

Hierfür ist das Schanzenfest der symbolhafte Aufhänger. Es geht nicht um irgendwelche ritualisierten und überwiegend von der Polizei provozierten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und autonomen Jugendlichen im Anschluss an das seit 20 Jahren stets friedlich verlaufene Schanzenfest. Es geht um die Zukunft des Schanzenviertels.

Dies, und genau dies ist der Hintergrund für die Initiative des Bezirksamtes und der Bezirksversammlung Altona mit ihrem sog. Runden Tisch und den Provokationen der CDU/GAL/SPD-Bezirkspolitiker/innen sowie der Polizei.

Wir verurteilen dies und rufen zu einem echten Stadtteilforum auf, wo offen und auf gleicher Augenhöhe über die Zukunft des Stadtteils diskutiert werden kann.

Altona für alle – sozial und solidarisch! Die Schanze für die, die sie bewohnen!

Robert Jarowoy

Altona steht zum Schanzenfest!

Eine nicht gehaltene Rede zum Tagesordnungspunkt 3 der Bezirksversammlung Ende April von Michael Sauer

(...)

Unser Fraktionsvorsitzender hat gerade ausführlicher dargestellt, was DIE LINKE von der allgemeinen und der jüngsten Entwicklung in der Schanze hält. Ich möchte mich deshalb darauf beschränken näher auf den gemeinsamen Antrag von FDP, CDU, SPD und GAL einzugehen. Da ja die Mehrheitsfraktionen uns immer wieder gerne Populismus vorwerfen, möchte ich meinen Vortrag dazu nutzen, ein paar semantische Anmerkungen dazu zu machen. Denn die Bewohner in der Schanze wissen eh, für welche politischen Inhalte Sie häufig im Gegensatz zur LINKEN stehen!



Sie wissen bestimmt alle, dass Semantik die Lehre von der Bedeutung sprachlicher Zeichen (Worte oder ganzer Sätze) ist. Beim Lesen ihres Antrags gibt es nun viele solcher widersprüchlichen Worte und Sätze.

Der Titel »Altona steht zum Schanzenfest« unterstellt, dass es in den Bezirken Eimsbüttel und Mitte vor 2008, als große Teile der Schanze noch von diesen verwaltet wurden, Bestrebungen gab, das Schanzenfest zu verbieten. Die 20 jährige

Geschichte dieses Stadtteilstes widerspricht dem allerdings total. Oder gab es vielleicht in Altona nach der »Eingemeindung« Bestrebungen, das Fest zu verbieten oder auf eine andere organisatorische Basis zu stellen? Von den Bewohnern ist oft zu hören, dass die »dritte Halbzeit« seit Schill-Zeiten immer wieder von Vertretern der Innenbehörde brutalst möglich dominiert wurde.

In der Antragsbegründung wird zweimal von »einigen Jahren« gesprochen, die das Fest existiert und ohne angemeldeten Veranstalter auskommt. Getoppt wird das dann noch von der fast schon bedrohlich klingenden Mitteilung, dass Altona ab 2009 die Verantwortung übernimmt. Zu ersterem habe ich eben schon etwas gesagt, zu letzterem bleibt als Frage: Für was wird Altona die Verantwortung übernehmen? Neben der Veranstaltungsanmeldung auch die Organisation der »dritten Halbzeit«? Trotz Überschrift und Begründung bleiben mögliche Antworten irgendwie diffus.

Antragspunkt 1. ist redundant zumindest in Bezug auf die Überschrift. Ein anderes Wort für Redundanz ist »doppelt gemoppelt« oder überflüssig, da bereits gesagt. Es ist doch wohl das Gleiche, ob man nun sagt »Altona steht zum Schanzenfest« oder »Der Bezirk Altona steht zur Durchführung eines nicht-kommerziellen Schanzenfests«. Für solche Redundanzen für ein Fest, das durch die Bewohner des Schanzenviertels durchgeführt wird, hält der Volksmund eine schöne Weisheit parat: Auch durch Wiederholung wird eine Lüge nicht glaubwürdiger!

An dieser Stelle breche ich meine semantischen Überlegungen ab und weise noch auf zwei weitere Problembereiche hin.

Unter 2. sagen Sie: Um den nachbarschaftlichen Charakter des Festes zu erhalten, wollen sie die *Gespräche mit den Bewohnern fortsetzen*. Ihre Formulierung und die Äußerungen im Ältestenrat legen aber nahe, dass sie bestimmte Bewohnergruppen ausschließen wollen. Mit wem sie sprechen wollen, wollen sie unserer Fraktion nicht mitteilen. Da muss ich doch schwer an mich halten, um über so einen politischen Quatschkram nicht zu lachen.

Dass die berechtigten Vorbehalte der Bewohner mit so einem Antrag nicht aus der Welt geschafft werden, ist, glaube ich, verständlich! (Zwei Zitate aus den Flugis vom 15.4.09 »Centro Sociale« und »Anwohnerinnen und Anwohner«)

CENTRO SOCIALE »Wir wollen ein Schanzenviertelfest, das sich weiterhin gegen die Umstrukturierung wendet und sich der Kommerzialisierung verweigert!«

Anwohnerinnen und Anwohner: »Wir nehmen an dieser Alibiveranstaltung . . . weder Teil, noch sprechen wir dieser die Legitimität zu, dass Schanzenfest als Verhandlungsmasse zu betrachten!«

Das die eben zitierten Befürchtungen oder Bedenken berechtigt sind, wird durch die Formulierung ihres 3. Antragspunktes überdeutlich. Sie wollen das Bezirksamt dazu nötigen »nach Abschluss des Festes . . . für Ruhe und Ordnung zu sorgen«.

Die Bewohner wollen aber weiterhin ohne polizeiliche Störungen ihr friedliches, nicht kommerzielles Schanzenfest abhalten! Wenn Sie glaubhaft ins Viertel kommunizieren können, dass das auch ihr Ansinnen ist und entsprechendes Vertrauen bei allen Bewohnergruppen da ist, haben Sie uns »mit im Boot«.

Lassen sie mich Ihnen abschließend versichern, dass sie das mit so einem Antrag niemals hinkriegen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Runder Tisch im Zeichen der Arroganz der Macht

von Kay Burmeister und Beate Reiß

Gegen den erklärten Willen von Bewohnerinnen und Bewohnern des Schanzenviertels, deren Viertel wie zuvor schon u.a. Ottensen dem Kapital zur Maximierung seiner Immobilienrendite zum Fraß vorgeworfen wird, lud das Bezirksamt am 15. April zu einem runden Tisch ein, um das seit Jahren selbstorganisierte Schanzenfest den Anwohnerinnen aus der Hand zu nehmen, was jahrelang unter Einsatz von Hochdruckwasserwerfern beendet wurde.

Während sich ca. 300 Anwohner/innen versammelt hatten, um deutlich zu machen, dass sie diesen runden Tisch ablehnen, fanden sich Bezirksamtsleiter und Politiker mit einem Aufgebot von Polizei ein. Von einem Dokumentationswagen der Polizei wurden die Menschen auf der Straße abgefilmt. Das ganze Szenario machte von vornherein deutlich, dass der Bezirk keinen Dialog anstrebte, sondern es darum ging, mit einer Zurschaustellung der Macht ein unerwünschtes Treffen durchzusetzen.

Die Polizei, die sich vor dem Eingang des Jesus Centrums postiert hatte, sowie Leute, die dies betraten, wurden mit Konfetti bestreut. Viele Gegner der Bezirksveranstaltung begaben sich ebenfalls in die Räumlichkeiten, um ihrer Abneigung gegenüber diesem

Treffen Ausdruck zu verleihen. Unter Konfettiregen, Musik, Einsatz von Selterwasser, und »Anfangen, anfangen«-Rufen wurde die Veranstaltung nach einer halben Stunde beendet.

Während auf der Straße noch diskutiert wurde, fiel den Bezirkspolitikern nichts Besseres ein, als schräg gegenüber des Jesus Centrums in eine Kneipe zu gehen, um dort nach ihrem Auftritt zu speisen? oder deutlich zu machen: Wir können hier tun und lassen was wir wollen? Diese Haltung erregte den Unwillen der Anwohner/innen. Die Situation führte dazu, dass die Politiker sich in die hinteren Räume der Kneipe verzogen, während davor ein Polizeicondon aufzog und die zunächst im Hintergrund positionierten Polizisten in Kampfuniformen aufmarschierten, was zu einer provokativen Situation und grotesker Weise vollständigen Sperrung der Schanzenstraße führte. Auch nach dem etwa 1 ½ Stunden späteren Abzug der unter Polizeischutz speisenden Politiker wurde die Polizei nicht abgezogen, so dass das Schanzenviertel wieder einmal polizeilich besetzt war.

Dieser »runde Tisch« hat erneut deutlich gezeigt, wessen Interessen die Parteien vertreten und wie sie sich den »Dialog« mit den Leidtragenden einer Politik, die die sozialen Interessen von Unternehmen und Besserverdienenden bedient, vorstellen.

Aus dem Bezirk

IKEA in Altona: Segen oder Fluch?

von Robert Jarowoy

Vielen Menschen erscheint die so gut wie sichere Ansiedlung IKEAs auf dem Grundstück des Frappant-Gebäudes geradezu als eine Segnung, und dabei möchte ich auch



Mitglieder und Wähler/innen unserer Partei nicht ausnehmen. Finden doch viele IKEA irgendwie toll, günstig und fast ein bisschen alternativ. Das fängt an mit dem sympathisch-skandinavischen Du für alle, der guten Kinderbetreuung während des Einkaufs, dem attraktiven Schnellrestaurant, in dem es sogar Bio-Kost gibt, und reicht bis zur ideenreichen Produktpalette. Außerdem – welche Altonaerin, welcher Altonaer möchte nicht, dass diese furchtbare Betonruine des frappant endlich verschwindet und durch etwas Lebendiges Neues ersetzt wird?

Was bedeutet es aber für den Stadtteil, wenn IKEA kommt?

IKEA als Publikumsmagnet wird aus ganz Hamburg Leute zum Shoppen anziehen. Ein Großteil wird mit dem Auto kommen, allein schon, um die erworbenen Waren abtransportieren zu können. Was das an zusätzlichem Verkehrsaufkommen für den Stadtteil bedeutet, lässt sich jetzt nur erahnen. Ein planerisches Konzept für die Bewältigung dieses Verkehrs liegt nicht vor, es gibt allenfalls ein paar Überlegungen, auf die ich



weiter unten eingehen werde.

Mit der Ansiedlung IKEAs und der damit verbundenen Aufwertung der Großen Bergstraße werden die Mieten für Ladenlokale fraglos erheblich steigen und von den jetzt dort ansässigen Geschäften mit ihren Billigangeboten nicht getragen werden können. Die Folge wird sein, dass sie – ähnlich wie dies im Schanzenviertel derzeit geschieht – von sog. Schicki-Designer-Läden verdrängt werden, deren Angebote eher auf die IKEA-Touristen als auf die ortsansässige, weniger gut betuchte Bevölkerung ausgerichtet sein werden.

Die Vielzahl kleiner Restaurants und Imbisse, die es jetzt in der Großen Bergstraße gibt, wird nur zu einem kleinen Teil der Konkurrenz des IKEA-Restaurants standhalten können.

Es ist abzusehen, dass der Stadtteil in wenigen Monaten von einer Entwicklung überrollt werden wird, die für die Bewohnerinnen und Bewohner Altona-Altstadts nicht nur Gutes verheißt.

Was wäre die Alternative gewesen?

DIE LINKE hatte die rechtlich mögliche Enteignung des maroden Gebäudekomplexes mit der begleitenden (planakzessorischen) Aufstellung eines Bebauungsplanes gefordert, der zum Inhalt eine Wohnbebauung mit kleineren Ladenlokalen sowie öffentlichem Grün haben sollte. Dies wäre sicherlich ein behutsamerer und dem Stadtteil angemessenerer Weg zur Wiederbelebung und Reparatur des Quartiers gewesen. Stattdessen hat man es vorgezogen, mit IKEA Knall auf Fall einen Großinvestor heranzuziehen, ohne sich mit den Konsequenzen dieser Ansiedlung auseinandergesetzt zu haben.

Mag sein, dass meine Sichtweise zu negativ ist und in zwei Jahren alle begeistert sein werden. Eine gewisse Skepsis scheint aber geboten.

Die angedachten Verkehrsführungspläne

Der Altonaer Fernbahnhof wird geschlossen und nur noch unterirdisch als S-Bahnhof geführt mit dem südlichen Anschluss über die Königstrasse und die sich aufteilende Fortführung westlich nach Wedel und östlich nach Eidelstedt über den neuen Fernbahnhof Diebsteich. Die Verbindung von der Holstenstrasse zum Altonaer Bahnhof wird es nicht mehr geben.

Die Autobahnabfahrt Othmarschen wird geschlossen, um das größte zusammenhängende Villenviertel Europas, der Elbvororte bis nach Ottensen, ungestört vom Durchgangsverkehr, wie er jetzt über die Behringstrasse abgeleitet wird, auszudehnen.

Der von Süden kommende Fernverkehr wird über die Abfahrt Bahrenfeld ins Stadttinnere geleitet, der von Norden kommende über die Abfahrt Volkspark und wie bisher über den Holstenkamp in die Fruchttallee weitergeführt.

Der über die Abfahrt Bahrenfeld kommende Verkehr soll vorwiegend über die Holstenstrasse (statt durch die Stresemannstrasse) abgeleitet werden sowie über die neu zu schaffende Trasse, die am Kaltenkirchener Platz über die Harkortstrasse zum Lessingtunnel führt. Da der Lessingtunnel und die darüber geführten Gleisanlagen wegfallen, kann die Trasse – am Busbahnhof vorbei – über die Max-Brauer-Allee in die Ehrenbergstrasse direkt zu IKEA geführt werden, wo eine gewaltige Tiefgarage entstehen wird.

Ob das so klappt und ob die Käuferscharen nicht doch das enge Quartier oberirdisch zaparken werden, bleibt abzuwarten. Und ob die Altonaer Bevölkerung so begeistert sein wird, statt ihres traditionellen Bahnhofs ein IKEA-Parkhaus mit Autobahnanbindung zu bekommen, bleibt ebenfalls abzuwarten.

Schutzschirm für Mieter – Aktion der LINKEN im Osdorfer Born

Mieterhöhungen der SAGA/GWG zurücknehmen und stoppen – Sozialbindung erhalten!

von Karsten Strasser und Dirk Kölsche

Osdorfer Born. Die Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook der Partei DIE LINKE hat 400 Unterschriften von Mieterinnen und Mietern der SAGA/GWG gesammelt: Die Mieterinnen und Mieter haben einen Aufruf an die politisch Verantwortlichen unterzeichnet, die Mieterhöhungen der SAGA/GWG in den Stadtteilen Lurup, Osdorf und Iserbrook zurückzunehmen und zu stoppen. - Die Sozialbindung muss erhalten bleiben!



400 Unterschriften werden am 2.4.2009 an den wohnungspolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dr. Joachim Bischoff (links im Bild), übergeben. Rechts im Bild: Karsten Strasser, Mitglied der Bezirksversammlung Altona.

Vor achtzehn Jahren gab es in Hamburg rund 265.000 Sozialwohnungen mit einer Mietpreisbindung. Schon 2002 waren es nur noch 151.000. Heute existieren kaum mehr als 114.000 Sozialwohnungen. Parallel zu dieser Entwicklung erlahmte der soziale Wohnungsbau Jahr für Jahr bis auf Stillstandsniveau. Bis zum Jahr 2012 werden bei 19% aller Hamburger Sozialwohnungen eine Mietpreisbindung auslaufen. Im Bezirk Altona handelt es sich sogar um 20,8%! Am 1. Januar 2009 entfiel für 5.630 Wohnungen die so bezeichnete Mietpreis- und Belegungsbindung.

Sobald die vertraglich vereinbarte Mietpreis- und Belegungsbindung für eine Sozialwohnung erlischt, kann die Wohnungsgesellschaft die Miete innerhalb von drei Jahren um 20% anheben und im nächsten Drei-Jahres-Zyklus wiederum um bis zu 20 Prozent. Die Mietteuerungsspirale ist dann in Gang gesetzt. Betroffen werden die sein, die

ohnehin wenig haben: Arbeitslose, RentnerInnen, allein Erziehende und Familien mit geringem Einkommen sowie Menschen mit Behinderungen. Wer nicht zahlen kann, muss ausziehen. Menschen, die möglicherweise seit Jahrzehnten in ihren Quartieren wohnen, werden mit dem erzwungenen Umzug sozial entwurzelt. Ihre Aussicht ist überdies minimal, anderswo in Hamburg preiswerten Wohnraum zu finden.

Die inzwischen vereinigten Unternehmen SAGA und die GWG sind einmal angetreten, als öffentliche Wohnungsbaugesellschaften günstigen Mietraum für die weniger gut Betuchten in unserer Stadt zu schaffen. Mittlerweile geriert sich die SAGA/GWG immer stärker wie jeder andere, profitorientierte Konzern: Überschüsse wurden bis vor kurzem nicht in die Instandhaltung der Wohnungen, sondern in das krisengeschüttelte, löchrige Stadtsäckel gepumpt; Mieten werden bis zur Kappungsgrenze erhöht; Menschen mit geringem Einkommen haben zunehmend Probleme, bei diesem Unternehmen eine Wohnung zu bekommen; Tausende Mietwohnungen sind in den vergangenen Jahren zu Eigentumswohnungen umgewandelt worden. Statt neue Sozialwohnungen in ausreichender Zahl zu bauen, werden immer mehr soziale und Mietpreis-Bindungen aufgehoben.

Karsten Strasser ist Mitglied der Bezirksversammlung Altona. Dirk Kölsche ist Sprecher der Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook und Mitglied des Bezirksvorstands DIE LINKE.Altona.

Zwei Beratungsstellen, die Opfer von häuslicher Gewalt beraten, begleiten und neue Perspektiven auf dem Weg in ein selbstbestimmtes, gewaltfreies Leben aufzeigen

vorgestellt von Hildegard Heinemann

i.bera, Interkulturelle Beratung für Opfer von häuslicher Gewalt und Zwangsheirat

Die Arbeit umfasst Beratungen für Opfer, Fortbildungen von MultiplikatorInnen, MitarbeiterInnen vom Jugendamt, Polizei und LehrerInnen, Öffentlichkeitsarbeit, Fachveranstaltungen für Multiplikatorinnen Und in Vorbereitung sind pädagogische Workshops für Schulen.

Die Zielgruppe dieser Beratungsstelle sind Menschen mit Migrationshintergrund. Frauen, Männer und Minderjährige die angedrohte und vollzogene Gewalt erleben und/oder Zwangsheirat. Dabei sind Einzelberatungen am meisten erwünscht, aber auch Paar- und Einzelberatung. Die Beratungen sind anonym, sensibel; es wird ein geschützter Raum angeboten mit Empathie für die Ratsuchenden. Dabei wird großer Wert darauf gelegt, dass es sich um Menschen handelt mit unterschiedlichen Biographien, kulturellen Hintergründen, Erfahrungen etc. Diese Beratungsstelle ist für ganz Hamburg zuständig. Die Beratung erfolgt in der Muttersprache, gegebenenfalls können DolmetscherInnen hinzu gezogen werden. **i.bera**, Interkulturelle Beratung für Opfer von häuslicher Gewalt und Zwangsheirat, Hospitalstr. 109, Tel.: 040-238 55 83 23, www.verikom.de, e-mail.: i.bera@verikom.de

pro aktiv Hamburg, diese Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt setzt das Gewaltschutzgesetz von 2002 um. Das heißt die Interventionsstelle wird von der Polizei nach einem Einsatz per Fax und bei Einwilligung der Betroffenen unterrichtet. Bei Gewalttaten im häuslichen Bereich kann die Polizei dem Täter für 10 Tage eine Wegweisung erteilen, ihm den Schlüssel abnehmen und das weitere Betreten der Wohnung verbieten. Pro aktiv Hamburg hat eine Lotsenfunktion und unterstützt die Opfer bei den ersten Schritten in der Krise und hilft gleichzeitig, wenn erwünscht, rechtliche

Schritte einzuleiten. 96% der Betroffenen sind Frauen, davon um die 80% Frauen im Alter von 20-40 Jahren, meist mit Kindern. Dabei ist immer zu beachten, dass die Kinder ebenfalls betroffen und traumatisiert sind. Die Kinder brauchen ebenso Hilfe Die Betroffenen erfahren in aller Regel von der Polizei von dieser Interventionsstelle. Die Interventionsstelle versorgt um die 100-120 Menschen pro Monat, davon sind schätzungsweise die Hälfte mit Migrationshintergrund. Bei sprachlichen Schwierigkeiten können Dolmetscherdienste in Anspruch genommen werden. Auch diese Interventionsstelle ist für ganz Hamburg zuständig. **pro aktiv Hamburg**, Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt, Altonaer Str. 65, Tel.: 040-41 30 70 80, e-mail.: info@gewaltschutz-hamburg.de

Bei pro aktiv Hamburg angeschlossen ist **dieHotline/telefonische Beratung** für Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking: Krisenintervention, Information und Orientierungshilfe. Täglich zu erreichen von 10.00 h – 22.00 unter der Telefon-Nummer: **040-226 226 27**, auch an Sonn- und Feiertagen.

Besuch aus der Lausitz

Am Sonntag, 17. Mai kommt eine Gruppe von Genossen aus der Lausitz zu einem »Freundschaftstreffen« nach Altona und bittet um etwas Betreuung/eine kleine Führung durch uns. Mit dem Leiter – Christian Schneider Krawc, ein sorbischer Schriftsteller – habe ich schon seit einigen Monaten Mails ausgetauscht und ihm versprochen, dass wir uns um sie kümmern werden.

Da ich mir dies Treffen ganz interessant vorstelle, sollten alle GenossInnen im Bezirk davon wissen - es dürfen ohne Weiteres 20 von unserer Seite sein -, und der Vorstand sollte einige fachkundige GenossInnen bitten, eine kleine Führung durch Altona zu machen. Robert J. und Günter Pingel sowie ich selbst machen das vermutlich gut und gerne.

Werner Haertel

Zur Diskussion

Die isländische Antwort auf den Neoliberalismus: links und weiblich

von Bernhard Müller

Im vom Staatsbankrott bedrohten Island hat es eine Antwort auf den Neoliberalismus gegeben, die sehr sympathisch wirkt: links und weiblich. Bei den vorgezogenen Wahlen haben nämlich Sozialdemokraten und Links-Grün (nicht mit den Grünen bei uns



vergleichbar, sondern mit klarem sozialistischem und ökologischem Profil) die Mehrheit errungen, und können ihre im Januar gebildete Koalition fortsetzen. Die alte und neue Regierungschefin, die Sozialdemokratin Jóhanna Sigurðardóttir, begründet den Erfolg der Linken so: »Die Nation hat ihre Rechnung mit dem Neoliberalismus und der Unabhängigkeitspartei beglichen, die zu lange regiert hat. Die Leute wollen eine andere Moral. Deswegen haben sie für uns gestimmt.«

Und: Es ist kein Zufall, dass eine Frau, die zudem als bekennende Lesbe mit einer Frau verheiratet ist, die Regierungsgeschäfte übernommen hat, als das Land darniederlag. Viele IsländerInnen haben genug von der männerdominierten Elite, die das Land an den Rand des Staatsbankrotts brachte. 27 der insgesamt 63 Sitze im Parlament werden zukünftig von Frauen besetzt, mit 43% der Abgeordneten waren sie nie zuvor so stark vertreten.

Eine hohe Inflation, steigende Arbeitslosigkeit und der Verlust internationaler Anerkennung als stabiler Wirtschaftsstandort sind nur einige der Folgen hochriskanter Finanzgeschäfte, die die isländischen Banken unter Billigung der konservativen Regierung tätigten. Das ist jetzt vorbei. Die 30 Top-Manager der mittlerweile verstaatlichten Banken haben sich ins Ausland abgesetzt.

Katastrophales Erbe

Noch bis ins Jahr 2008 galt Island als Musterland des Finanzmarktkapitalismus. Es wurde dereguliert und privatisiert, was das Land zu bieten hatte. Seine entscheidenden Impulse erhielt dieser Prozess durch die Privatisierung der Banken, die darauf fröhlich ihre hochriskanten Finanzabenteuer in allen Teilen der Welt starteten.

Vor zehn Jahren noch waren die Aktiva der drei größten isländischen Banken so viel wert wie 96% des jährlichen Bruttonettoproduktes. 2008 war der Wert auf mehr als das Zehnfache des Sozialprodukts angeschwollen. Gleichzeitig wurde der inländische Konsum durch günstige Kredite auf der Basis von Devisen angekurbelt. Damit kauften die IsländerInnen Wohnungen, Autos, Flachbildschirme, Designermöbel. Das Pro-Kopf-Einkommen wuchs seit 2000 um zwei Drittel, die Verschuldung der Haushalte allerdings auch – von durchschnittlich 160% der verfügbaren



Einkommen auf 240%. Um das wachsende Bilanzdefizit zu decken, suchte man mit einer Hochzinspolitik ausländische Investoren anzuziehen.

Als das Kartenhaus der schuldenfinanzierten Kapitalakkumulation zusammenbrach und 2007 ausgehend von den USA die Vernichtung von Vermögenstiteln einsetzte, war Island davon besonders hart betroffen. Um einen Staatsbankrott zu verhindern musste im Oktober 2008 der gesamte Bankensektor verstaatlicht werden. Die isländische Krone verlor in einem Jahr mehr als 70% ihres Werts gegenüber dem Euro. Durch die Abwertung stieg die Inflation von knapp unter 4% auf 14%. Der isländische Leitzins wurde im Oktober 2008 auf 18% erhöht. Nur mit einem IWF-geführten Notkredit und Krediten der skandinavischen Nachbarländer konnte die Lage stabilisiert werden. 2009 wird das Bruttosozialprodukt um mindestens 10% schrumpfen, die Arbeitslosigkeit auf 15% hochschnellen. Unter dem Druck der einsetzenden Massenproteste musste der konservative Ministerpräsident im Januar zurücktreten. Seitdem regiert die Koalition aus Sozialdemokraten und Links-Grün.



Auf sie kommt nun die Herkulesaufgabe der Sanierung des Finanzsektors und der Stabilisierung der Wirtschaft zu, für die angesichts der immensen Verschuldung und der begrenzten Ressourcen der Insel wenig Spielraum besteht. Die isländische Sozialdemokratie erhofft sich Besserung vor allem durch einen EU-Beitritt. Links-Grüne sind gegen eine EU-Mitgliedschaft. Sie haben aber angekündigt, ein Referendum nicht blockieren zu wollen.

Ob die EU der Rettungsanker sein kann, ist fraglich, rüttelt doch die Weltwirtschaftskrise an deren Fundamenten. Angesichts der unterschiedlichen Krisenkonstellationen in den einzelnen Ländern (so sind z.B. Großbritannien, Irland und Spanien besonders gebeutelt durch das Platzen der Immobilienblase) haben die EU-Länder massive Schwierigkeit sich auf einen gemeinsamen Kurs in der Krisenbekämpfung zu verständigen.

Fazit: Island hat in sehr viel kürzerer Zeit durchlebt, was bei uns in seiner vollen Wucht mit schrumpfender Wirtschaft, dramatisch steigender Arbeitslosigkeit und leeren Staats- und Sozialkassen erst noch im Anmarsch ist. Die Kombination aus Massenprotesten und glaubwürdigen linken politischen Alternativen hat in kurzer Zeit zu einer deutlichen Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse geführt. Davon sind wir hierzulande noch weit entfernt.

Termine

Mittwoch 29.4.

Für ein friedliches Europa – Militarisierung stoppen!

Veranstaltung zur Europawahl mit

Norman Paech (MdB, Die Linke)

Zeit: 19.00 Uhr

Ort: Aula der Gesamtschule Bahrenfeld,
Regerstraße 23 -- 25, Bahrenfeld

Freitag 1.5.

Frühjahrsempfang DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona

Zeit: ab 14.00 Uhr (nach der 1. Mai-
Demo)

Ort: Am Felde 2

Montag 4.5

Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona

Zeit: ab 19.30 Uhr

Ort: Am Felde 2

Samstag 16. Mai

Europäischer Aktionstag mit DGB- Demo in Berlin

Montag 18.5.

DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: Am Felde 2

Donnerstag 28.5

Bezirksversammlung Altona

Zeit: 18.00 Uhr

Ort: Altonaer Rathaus

Dienstag 9.6.

„Hände weg vom Schwangerschaftskonfliktgesetz!“

Fraktion vor Ort mit Kersten Artus und

Lisa-Frauen

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: Am Felde 2

Stadtteilgruppen

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Nächstes Treffen: 11.5.

Zeit: 19.00 Uhr

Ort: bitte erfragen

Kontakt:

Werner Haertel, Tel.: 040/2005467

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Nächstes Treffen: 26.5

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Kontakt:

Eckhard Dörger, Tel: 040-3898486

Stefan Ziefle, Tel:040-38612542

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Nächstes Treffen: 20.5.

Zeit: 19.00 Uhr

Ort: Gaststätte „Königliches Proviantamt“,
Bahrenfelder Chaussee 59

Kontakt:

Horst Schneider, Tel.: 040-890 25 87

Karsten Strasser, Tel.: 040-390 85 55

Stadtteilgruppe

Lurup/Osdorf/Iserbrook

Nächstes Treffen: 14.5.

Zeit: 19.30 Uhr

Antikrisenprogramm – Veranstaltung zur
Europawahl mit Norbert Hackbusch

Ort: Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38

Kontakt:

Susanne David, Tel.: 040-560 57 26

Stadtteilgruppe Ottensen

Nächstes Treffen: 11.5.

Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Zeit: 19.30 Uhr

Kontakt:

Beate Reiss, Tel: 040/39638

An die Mitglieder
DIE LINKE. Bezirksverband Altona

Einladung zur Mitgliederversammlung

Am: **Montag, den 4. Mai.** Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Parteibüro – Im Felde 2

Vorschlag für Tagesordnung

1. Begrüßung/Diskussionsleitung/Protokoll
2. Beschlussfassung Tagesordnung
3. Aktuelles Thema: Flüchtlingspolitik in der EU (Verantwortlich Kay)
4. Ikea in Altona (verantwortlich Michael, Robert)
5. Auswertung Landesparteitag
6. Berichte aus der Bürgerschaft, Bezirksversammlung und von aktuellen Veranstaltungen
7. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiß (Tel.: 0174/6102395)
Bernhard Müller (Tel.: 0160/92316471)
Gerd Lauermann (Tel.:0163/6345184)